

Der SVP-Club der ehemaligen Mandatare der Südtiroler Volkspartei legt eine Informationsschrift zur Doppelten Staatsbürgerschaft vor

Österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler

Am 14. Februar 2018 gab der **SVP-Club der ehemaligen Mandatare in der Südtiroler Volkspartei** eine Pressekonferenz am Sitz der SVP in Bozen.

Dabei sprachen sich die Altmandatare dafür aus, dass die neue österreichische Bundesregierung den Südtirolern die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft zusätzlich zur italienischen bald ermöglichen solle.

Die Tageszeitung „Dolomiten“ und deren Internetportal STOL berichteten ebenso wie das Internetportal „[Unser Tirol 24](#)“ ausführlich darüber.

12 Südtirol Freitag, 16. Februar 2018 - **Dolomiten**

Altmandatare: „Doppelpass ist Privatsache“

DEBATTE: Club der SVP-Altmandatare legt Denkschrift vor – Doppelte Staatsbürgerschaft soll österreichisch-italienische Beziehung stärken

BOZEN (aw). Die SVP-Altmandatare erklärten gestern, dass für sie der Doppelpass für Südtiroler ein „Herzensanliegen“ und eine staatenverbindende Bereicherung ist.

70 Punkte umfasst die Denkschrift, die eine Arbeitsgruppe der Altmandatare ausgearbeitet hat – gestern wurde das Papier am Sitz der Partei vorgestellt. Im Gespräch mit den Pressevertretern unterstrich der ehemalige Landesrat Bruno Hosp, dass die Entscheidung um die österreichische Staatsbürgerschaft anzusuchen, eine reine Privatangelegenheit sei. „Genauso wie bei meiner Grippeimpfung, geht nur mich das etwas an“, meinte Hosp. Es handle sich um ein Angebot, nicht um eine Pflicht. „Eine Einteilung in guter Tiroler oder schlechter Tiroler darf es nicht geben“, erklärte der Vorsit-

zende der Altmandatare. Er verstehe nicht, dass „diese freundliche Geste Österreichs“ von politischen und kirchlichen Vertretern als „Unfrieden stiften“ charakterisiert werde. Auch dass italienische Spitzenpolitiker auf diesem Punkt des Koalitionsabkommens zwischen ÖVP und FPÖ herumreiten, könne er, Hosp, ebenso wenig verstehen. „Italien sieht für seine Minderheiten im Ausland auch die Möglichkeit des Erhalts der italienischen Staatsbürgerschaft vor“, warum solle das für Österreich nicht gelten, fragte der ehemalige Landesrat. Eine Frage, an die der ehemalige Landtagsabgeordnete Franz Pahl anknüpfte, indem er zentrale Punkte der Denkschrift vorstellte. Diese berücksichtigt historische Argumente, genauso wie die jüngsten politischen Entwicklungen und



Die Altmandatäre sprechen sich für den Doppelpass aus. Von links: Karl Ferrari, Georg Pardeller, Bruno Hosp, Franz Pahl und Siegfried Brugger.

zählt Beispiele zur Praxis der Staatsbürgerschaftsvergabe anderer Länder auf. Pahls Hauptargument: „Das Pariser Abkommen und die Autonomie werden durch die Vergabe der österrei-

chischen Staatsbürgerschaft nicht berührt.“ Italiens Gesetzgebung selbst sehe eine großzügige Vergabe von Staatsbürgerschaften an die Angehörigen italienischer Minderheiten wie etwa in

Dalmatien oder Istrien vor. Man habe dafür 2006 eigens die Gesetzeslage nochmals angepasst, berichtete Pahl. Ein Gesetz, das auch Ex-Parlamentarier und Ex-SVP-Obmann Siegfried Brugger – auch mit Blick auf die Südtiroler Situation – unterstützt hatte. „Wir haben dieses Gesetz von vornherein im europäischen Geiste angedacht“, erklärte Brugger. Mit der Denkschrift wolle man nun auch dem aktuellen SVP-Obmann Philipp Achammer den Rücken stärken, denn auch parteiintern gebe es kritische Stimmen zum Doppelpass, so Brugger. Die plötzlichen Sorgen und Ängste halte er für unbegründet. Das gute italienisch-österreichische Verhältnis, so der Tenor der Altmandatäre, würde durch den Doppelpass nicht gestört, sondern vertieft werden.

© Alle Rechte vorbehalten

Die bei der Pressekonferenz vorgestellte Denkschrift des SVP-Clubs beantwortet alle rechtlichen und politischen Fragen im Zusammenhang mit der Wiederverleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler positiv.

Das im Koalitionsprogramm der österreichischen Bundesregierung festgeschriebene Vorhaben sei eine *„weitsichtige und großherzige Geste des österreichischen Vaterlandes gegenüber der österreichischen Minderheit in Südtirol“*. Dies erklärte der **Vorsitzende des Clubs, Landesrat für Kultur und Schule a.D., Dr. Bruno Hosp**.

Österreich folge damit dem Beispiel Italiens, das seine Staatsbürgerschaft für die Auslandsitaliener in Slowenien und Kroatien und in anderen Staaten bereits 1991 wiederverliehen habe.

Dr. Hosp: „Akt von großem symbolischen Wert“



Dr. Bruno Hosp

Das habe die emotionale Verbindung zum alten Vaterland Österreich gestärkt und sei ein Akt von großem symbolischem Wert, erklärte Dr. Bruno Hosp weiter. Dieser werde die freundschaftlichen Beziehungen zu Italien nicht stören, sondern im europäischen Geist noch weiter vertiefen, denn die meisten europäischen Staaten gewähren heute ihren Landsleuten im Ausland zusätzlich auch die eigene Staatsbürgerschaft.

Die SVP habe dieses Ziel schon seit 2009 verfolgt, als die SVP-Parlamentarier Dr. Siegfried Brugger und Dr. Karl Zeller zum ersten Mal Österreich ersuchten, dem italienischen Beispiel zu folgen.

2010 habe Altlandeshauptmann Dr. Luis Durnwalder gemeinsam mit dem Tiroler Landeshauptmann Günther Platter den damaligen Außenminister Dr. Michael Spindelegger diesbezüglich angesprochen. Der Landesparteitag der SVP habe schließlich im Jahre 2012 diese Bitte an Österreich in einer einstimmigen Resolution gerichtet.

Die gleiche Bitte habe der SVP-CLUB in einer Petition mit 28 Unterschriften an die österreichischen Regierungsparteien gerichtet.

Autonomie davon unberührt

Die Südtiroler seien 1919 der Staatsbürgerschaft ihres Vaterlandes verlustig gegangen, erklärte Dr. Hosp weiter. Nun wünschten sie, dieselbe zusätzlich zur italienischen

Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen.

Dies entspreche auch der Zielsetzung des Pariser Vertrages, welcher den Schutz der deutsch-ladinischen Minderheit garantiere. Die hart errungene Südtirol-Autonomie werde davon nicht berührt. Vielmehr werde ihre Zielsetzung des Erhalts der Südtiroler als österreichische Minderheit in Italien zusätzlich deutlich gemacht.

Dr. Siegfried Brugger: Dem italienischen Beispiel folgen!



Dr. Siegfried
Brugger

Der ehemalige SVP-Landesparteiobmann und langjährige Parlamentsabgeordnete RA Dr. Siegfried Brugger ist ein Experte für Verwaltungs- und Verfassungsrecht. Er verwies in der Pressekonferenz auf die gleichartige italienische Regelung von 2006 für die Italiener in Istrien und Dalmatien. Diese habe sich durchaus positiv auf die italienischen Beziehungen mit Slowenien und Kroatien ausgewirkt habe.

Österreich solle daher, dem italienischen Beispiel folgend, selbstbewusst die Wiederverleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler vornehmen.

Wie Verfassungsexperten übereinstimmend festgestellt hätten, bestünden auch keine verfassungsrechtlichen Hindernisse.

Die Wiederverleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler sei vielmehr Ausdruck einer europäischen Ausrichtung und zeige Verantwortung für die österreichische Minderheit.

Derartige Doppelstaatsbürgerschaften seien in vielen Ländern üblich und hätten durchaus das freundschaftliche Zusammenwirken über die Grenzen gefördert.

Einhundert Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, in welchem Südtirol große Opfer für das gemeinsame Vaterland erbracht habe, könne nun ein besonders sichtbares Zeichen der Verbundenheit mit Südtirol gesetzt werden. Das Südtiroler Anliegen werde von der österreichischen Bevölkerung mit großer Zustimmung verfolgt, erklärte Brugger abschließend.

Die Informationsschrift der SVP-Club-Mandatäre kann hier eingesehen und heruntergeladen werden: [SVP Club Infoschrift](#)

Ideologische Volksbelehrung durch den ORF

Bildschirmfoto der ORF Sendung „Südtirol heute“

Eine unglaubliche Entgleisung

Bereits während der Pressekonferenz des Clubs der SVP-Altmandatäre am 14. Februar 2018 war ein Journalist wenig angenehm aufgefallen.

Schlimmer wurde es am Abend in der ORF-Sendung „Südtirol heute“.

Eingangs der Sendung bemühte sich die Moderatorin um eine

abwertende Darstellung, vollends zur ebenso überheblichen wie ideologischen „Volksbelehrung“ geriet die Sendung dann an deren Schluss.

Beschwerde an den ORF



Dr. Franz Pahl

„Ideologische Abwertung – unfassbar verleumderisch – Ausdruck eines unqualifizierten Journalismus – Herabsetzung von verdienten Politikern der SVP – linksideologische Beeinflussung“

Am 18. Februar 2018 richte der ehemalige Südtiroler Landtagsabgeordnete, Regionalratsabgeordnete, Vizepräsident der Regionalregierung Trentino-Südtirol und Regionalratspräsident Dr. Franz Pahl, folgende Beschwerde an den ORF:

Herrn Generalintendant Alexander Wrabetz

ORF Chefredakteur Fritz Dittlbacher

Herrn Landesdirektor ORF-Tirol Helmut Krieghofer

Herrn Chefredakteur von Südtirol heute Siegfried Giuliani

Beschwerde:

Die Pressekonferenz der ehemaligen Mandatäre der SVP am 15.2.18 mit der Vorstellung der Denkschrift zur Befürwortung der österr. Staatsbürgerschaft für Südtiroler wurde in der Sendung „Südtirol heute“ vom 15.2.18, 18.30h, mit einer deutlich abwertenden Tendenz dargestellt, wie: „scharfe

Sätze“, „Durch alle Seiten (der Denkschrift) zieht sich die Sprache des 19. Jahrhunderts. Vaterland, Volkstum und nationale Identität.“ Am Ende noch den abwertenden Kommentar: „Es fragt sich, ob ein Zukunftspapier mit der Tinte der Vergangenheit geschrieben werden kann.“

Die ganze Sendung trug wenig zur Information bei, sondern zielte auf linksideologische Beeinflussung. Begriffe wie „Vaterland“ usw. als „Sprache des 19. Jahrhunderts“ oder „Tinte der Vergangenheit“ abzuqualifizieren, was ebenfalls suggestiv auf eine Nähe zum Nationalsozialismus abzielt, ist schlicht Ausdruck eines unqualifizierten Journalismus und Herabsetzung von verdienten Politikern der SVP.

In der Sitzung des SVP-CLUBS der ehemaligen Mandatare vom 31.1.18 wurde die Denkschrift einstimmig gutgeheißen. Sie ist eine Folge-Initiative der Petition, die 28 ehemalige SVP-Mandatare des SVP-Clubs (darunter der **ehemalige Landeshauptmann Durnwalder**, die **ehemaligen Landesparteiobmänner Brugger und Pichler-Rolle** zusammen mit **ehemaligen Parlamentariern, Mitgliedern der Landesregierung und des Landtages**) im November 2017 an die Koalitionspartner Kurz und Strache gerichtet haben mit der Bitte, die Wiederverleihung der österr. Staatsbürgerschaft in das Koalitionsprogramm aufzunehmen.

Diese Bereitschaft der Bundesregierung ist eine weitherzige und europäische Geste und ein souveräner Akt unseres Vaterlandes Österreich (analog zum italienischen Beispiel von 1992 für die Auslandsitaliener in Istrien und überall in der Welt). Sie wird ausdrücklich auch von LH Platter und dem Land Tirol unterstützt.

Der Landesparteitag der SVP hat schon 2012 in einer Resolution diese Bitte an Österreich um die Wiederverleihung der 1919 verlorenen österreichischen Staatsbürgerschaft gerichtet. **Die Tendenz des ORF scheint in diesem Fall auf Herabsetzung von Personen und Inhalten abzuzielen, die seiner hervorstechenden**

ideologischen Fixierung nicht genehm sind.

Es ist nicht anzunehmen, dass die Bozner Redaktion von „Südtirol heute“ in dieser Weise agieren kann, wenn sie sich nicht stillschweigend von der Zentrale gedeckt glaubt.

Jetzt werden die ideologischen Vorbehalte auch auf die ehemaligen Mandatare der SVP ausgedehnt, die die weitherzige und beispielhafte Bereitschaft der neuen Bundesregierung dankbar befürworten.

Der ORF hat die Verpflichtung, korrekt zu berichten und dem Interesse Österreichs, wozu auch Südtirol zählt, zu dienen und nicht Exerzierfeld für die ideologischen Fixierungen gewisser Journalisten zu sein, die ihre eigenen politischen Zielsetzungen auf Kosten der Allgemeinheit verfolgen. Am Beispiel des Verhaltens des ORF-Vertreters bei der Pressekonferenz und durch die ideologisch getönte Abwertung eines Anliegens der neuen Bundesregierung in der erwähnten Sendung ist das überdeutlich hervorgetreten.

Die Verärgerung der Betroffenen, aber auch das Befremden zahlreicher Südtiroler Zuseher von „Südtirol heute“, die der neuen Bundesregierung dankbar sind, braucht sie also nicht zu wundern.

gez. Ltg. Abg. a.D. Dr. Franz Pahl, Schriftführer des SVP-Clubs der ehemaligen Mandatare der Südtiroler Volkspartei



Bozen, den 18.2. 2018

Dokumentation: Text der Sendung

Moderatorin: Die Altmandatare der SVP haben sich heute erneut für die doppelte Staatsbürgerschaft für Südtiroler ausgesprochen und eine Denkschrift veröffentlicht, in der scharfe Sätze stehen. Wer eine Abwehrhaltung gegenüber dem

Wunsch nach einem Doppelpass habe, offenbare eine nationalistische Feindseligkeit. Die Kritik verbände sich mit nationalistischen italienischen Kräften gegen deutsche und ladinische Südtiroler, schreiben die Altmandatäre.

(Eingespielter Beitrag.)

Sprecher: Als – (Zitat:) geballte Kraft der Erfahrung – präsentieren sich Ferrari, Pardella, Hosp, Pahl und Brugger, die Altmandatäre der SVP brechen eine Lanze für die österreichische Staatsbürgerschaft. Sie machen das mit einer Denkschrift. Der sogenannte Doppelpass sei ein Herzensanliegen vieler Südtiroler – zugleich sei er reine Privatsache.

Hosp: Ich nenn sie deswegen private Angelegenheit, weil man ja bereits kolportiert, es könnten zwischen solchen, die die Staatsbürgerschaft beantragen und denen, die sagen „was hab ich davon, den brauch ich nicht“, eine Zwistigkeit entstehen. „Du bist ein besserer Tiroler und du bist ein schlechterer Tiroler.“ Und das gilt es zu verhindern, denn es ist völlig meine Privatsache, was ich tu – niemand braucht das übrigens zu wissen.



Dr. Bruno Hosp in der ORF-Sendung. Bild: Bildschirmfoto ORF

Sprecher: In ihrem Positionspapier spannen die Altmandatäre selbst die christliche Nächstenliebe für ihre irdische Causa ein und sie machen klar, was sie von einem europäischen Pass halten. Mit einer verhüllten Formulierung kritisiert Bruno

Hosp heute jene, die die Doppelpassbefürworter als Unruhestifter bezeichnen.

Hosp: Dies, natürlich, lasse ich mir nicht bieten und das ist wirklich unwürdig, solche Dinge in der Weise zu vermengen, dass derjenige, der dieses Angebot mit Freude annimmt, dazu beitragen könnte, irgendwo und irgendwie Unfrieden zu stiften. Das ist boshaft gemeint und das ist zurückzuweisen.

Sprecher: Wer das Recht auf den Wunsch nach einer Doppelstaatsbürgerschaft ablehne, degradiere die Südtiroler zu einer Gemeinschaft minderen Wertes, steht in der Denkschrift. **Durch alle Seiten zieht sich die Sprache des 19. Jahrhunderts, von Vaterland, Volkstum und nationaler Identität ist die Rede. Es bleibt die Frage, ob ein Zukunftspapier mit der Tinte der Vergangenheit geschrieben werden kann.**

Nachtrag vom 23. Februar 2018:

Aus Bozen erreicht uns folgende Nachricht, die wir der Korrektheit halber mitteilen: Es hat sich herausgestellt, dass es sich bei dem **Journalisten, welcher** auf der Pressekonferenz der SVP-Altmandatäre am 14. Februar 2018 in Bozen **mit der Äußerung „völkischer Rülpsen“ provoziert hatte, um keinen ORF-Mitarbeiter, sondern um den Vertreter eines anderen Mediums gehandelt hat.**

Der ehemalige SVP-Landtagsabgeordnete und Regionalratspräsident Dr. Franz Pahl hat daher diesen Beschwerdepunkt aus der Beschwerde an den ORF herausgenommen. Deshalb hat auch der SID diesen Teil der Beschwerde ebenfalls herausgenommen. Die anderen Beschwerdepunkte über die abendliche Sendung des ORF mit ihren herabsetzenden Kommentierungen bleiben jedoch aufrecht und man erwartet dazu eine Stellungnahme des ORF.

Doppelstaatsbürgerschaft: Das Störmanöver des Andreas Khol – und die Widerlegung seiner Behauptungen

Ende November 2017 äußerte Andreas Khol gegenüber mehreren Personen, dass er einer doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler ablehnend gegenüber stehe. Er werde, so Khol, demnächst öffentlich dazu Stellung nehmen.

Tatsächlich erschien bereits am 1. Dezember 2017 ein großer, von Khol verfasster Artikel in der „Tiroler Tageszeitung“, welche ihm bereitwillig eine ganze Seite zur Verfügung gestellt hatte, womit er dem Wunsch so zahlreicher Südtiroler nach zusätzlichem Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft öffentlich entgegen treten konnte.

Österreichische Staatsbürgerschaft auch für Südtiroler?

Rechtlich betrachtet ist die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler möglich. Allerdings würde eine derartige Regelung die guten Beziehungen zwischen Wien, Rom, Innsbruck und Bozen sowie letztlich sogar die Autonomie in Frage stellen.



In seinen Ausführungen stellte Khol Behauptungen auf, auf welche die „Süd-Tiroler Freiheit“ noch am 1. Dezember 2017 in einer Presseerklärung antwortete.

Das Internet-Nachrichtenportal „[Unser Tirol 24](#)“ berichtete über die Stellungnahme der „Süd-Tiroler Freiheit“:



Khol habe „eine Reihe von Fehlinformationen“ verbreitet, „die im Sinne einer sachlichen und objektiven Diskussion richtiggestellt werden müssen“

Alle Bedenken, die Andreas Khol äußert, seien bereits von **Stellungnahmen der österreichischen Ministerien** sowie von einem **Rechtsgutachten der Universität Innsbruck** entkräftet und widerlegt worden. Bereits in der Vergangenheit sei Khol wegen falscher Aussagen zum Doppelpass in Kritik geraten, hieß es in der Presseaussendung.

Im Folgenden würden Khol's Äußerungen aufgrund dieser Widerlegungen der Boden entzogen:

Beziehungen zu Italien würden belastet?

Andreas Khol behauptet, dass die österreichische Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler die Beziehungen zu Italien belasten würde. DAS IST NICHT RICHTIG! Italien bietet seit 2006 seinen eigenen italienischen Minderheiten in Slowenien und Kroatien ebenfalls die italienische Staatsbürgerschaft als

Zweitstaatsbürgerschaft an und könnte somit nichts dagegen haben, wenn Österreich dasselbe für seine österreichische Minderheit in Italien (die Süd-Tiroler) machen würde. Die italienische Regierung hat sich zudem bereits positiv zur Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler geäußert und diese Initiative sogar als „vernünftigen Vorschlag“ bezeichnet.

Verfassungsänderung wäre nötig?

Andreas Khol behauptet, dass eine tiefgreifende Abänderung des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechts durch ein Verfassungsgesetz notwendig wäre. **DAS IST NICHT RICHTIG!** Eine einfache Abänderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes würde ausreichen. Konkret bräuchte es nur einen Zusatzpunkt im §58c „Erwerb durch Anzeige“, darin wird bereits heute geregelt, dass Personen, die aus politischen Gründen die österreichische Staatsbürgerschaft verloren haben, dieselbe wiedererlangen können, ohne ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen.

Hohe Gebühren/Sonderregelung?

Andreas Khol behauptet, dass die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler mit hohen Kosten verbunden wäre und man daher eine Sonderregelung treffen müsste. **DAS IST NICHT RICHTIG!** Der Erwerb der Staatsbürgerschaft durch „Anzeige“ ist mit keiner Gebühr verbunden und es bedarf daher auch keiner Sonderregelung.

Widerspruch zu Pariser Vertrag?

Andreas Khol behauptet, dass die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler im Widerspruch zum Pariser Vertrag stünde. **DAS IST NICHT RICHTIG!** Die Universität Innsbruck hat 2011 unter der Leitung von Univ. Prof. Dr. Walter Obwexer ein umfangreiches Rechtsgutachten erstellt, welches bestätigt, dass die Umsetzung rechtlich problemlos möglich wäre und weder gegen nationale noch

internationale Verträge verstößt. Auch der Vertrag von Saint-Germain, der Pariser Vertrag und das Unionsrecht stellen keine Hindernisse dar.

Wahlrecht/Sonderregelung?

Andreas Khol behauptet dass das Wahlrecht dahingehend abgeändert werden müsste, dass die Süd-Tiroler eigene Vertreter ins österreichische Parlament wählen könnten. DAS IST NICHT RICHTIG! Die Süd-Tiroler hätten als österreichische Staatsbürger dieselben Rechte und Pflichten wie alle anderen Auslandsösterreicher. Europapolitisch würden sich insbesondere für Tirol interessante Perspektiven ergeben, da beispielsweise bei EU-Wahlen grenzüberschreitend in Nord-, Ost- und Süd-Tirol gemeinsame Kandidaten gewählt werden könnten. Die Rolle Tirols im Bund und auf EU-Ebene würde dadurch gestärkt.

Verfassungsrechtler haben keine Bedenken zum Doppelpass

Die Stellungnahmen des Völkerrechtlers Univ.-Prof. Dr. Peter Hilpold und des Verfassungsexperten Univ.-Prof. Walter Obwexer

Am 1. Dezember 2017 nahm der **Professor für Völker- und Europarecht an der Universität Innsbruck, Peter Hilpold**, in einem Interview mit dem **Internet-Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“** Stellung zu den Behauptungen Khol's, ohne diesen mit Namen zu nennen. In dem Bericht heißt es:



Univ.-Prof.
Dr. Peter
Hilpold (Bild

Professor Peter Hilpold kann den zirkulierenden Gerüchten nur wenig abgewinnen: *„Nach dem bisherigen Stand der Diskussion muss man sagen, dass wir in Fachkreisen eindeutig der Auffassung sind, dass **eine einfache Mehrheit im österreichischen Parlament** genügen würde, um ein solches Vorhaben in die Tat umzusetzen“*, so Hilpold. Alles andere sei lediglich ein *„Missverständnis“*.

Eine Verfassungsänderung sei lediglich dann notwendig, *„wenn spezielle Regelungen eingeführt würden, die aber weder in Südtirol, noch in Österreich erwünscht sind oder zur Debatte stehen“*.

„Stimmen der Südtiroler Wähler gleichwertig“

Als Beispiel nennt Hilpold hierfür etwa die Einschränkung des Wahlrechtes. Damit könnte man etwa eine Regelung schaffen, wie sie derzeit in Italien gilt, die besagt, dass Auslandsitaliener nur einen eigenen Vertreter wählen dürfen. Nur in einem solchen Fall wäre etwa eine Änderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts notwendig, die eine verfassungsrechtliche Vorkehrung notwendig mache.

Ein solches Szenario würde der erleichterte Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft jedoch nicht vorsehen. Im Gegenteil:

„Das allgemeine und gleiche Wahlrecht würde vorsehen, dass die Stimme der Südtiroler Wähler gleich zählt, wie jene der österreichischen Bevölkerung. Gegenwärtig wird aber auch nichts anderes diskutiert“, erläutert Hilpold weiter.



Univ.-Prof.
Dr. Walter
Obwexer

Ähnlich sieht das auch der sonst eher kritische Verfassungsexperte, **Univ.-Prof. Walter Obwexer**.

In einem **Gutachten aus dem Jahre 2011**, das von der SVP in **Auftrag gegeben** worden war schreibt er dazu:

„Der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch „Südtiroler“ ist rechtlich grundsätzlich möglich. In Betracht kommt insbesondere ein Erwerb durch Verleihung, möglich wäre aber auch ein Erwerb durch Anzeige. Erforderlich wären dafür entsprechende Änderungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes (StbG) Österreichs.“

LEOPOLD FRANZENS UNIVERSITÄT INNSBRUCK

Institut für Europarecht und Völkerrecht

A-6020 Innsbruck, Innrain 52

Tel: (0512) 507 8305; Fax: (0512) 507 2824; E-mail: walter.obwexer@uibk.ac.at

ao. Univ.-Prof. Dr. Walter Obwexer

Gutachten

Rechtliche Rahmenbedingungen für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch „Südtiroler“*

* Alle Begriffe und Formulierungen in diesem Gutachten sind genderneutral zu verstehen.

erstattet von

ao. Univ.-Prof. Dr. Walter Obwexer

Institut für Europarecht und Völkerrecht
Universität Innsbruck
Innrain 52
A-6020 Innsbruck

Der **Erwerb** der **österreichischen Staatsbürgerschaft** durch „Südtiroler“ ist rechtlich grundsätzlich **möglich**. In Betracht kommt insbesondere ein Erwerb durch Verleihung, möglich wäre aber auch ein Erwerb durch Anzeige. Erforderlich wären dafür entsprechende **Änderungen** des **Staatsbürgerschaftsgesetzes** (StbG) Österreichs.

Auszüge aus dem Gutachten von Univ.-Prof. Dr. Walter Obwexer

„Keine kollektive Bestrafung der Südtiroler“

Bedenken und Gerüchte gestreut werden derzeit auch um das Gruber-Degasperi-Abkommen von 1946. Damals wurde vereinbart, den Südtiroler Optanten, welche staatenlos in ihre Heimat zurückkehrten, die italienische Staatsbürgerschaft zurückzugeben. Dass Italien allerdings diese Maßnahme zurückziehen würde, scheint für **Hilpold** nahezu ausgeschlossen.

„Das ist rechtlich unmöglich und mit dem geltenden Völkerrecht nicht vereinbar. Denn es kann sicherlich nicht so sein, dass die Gewährung einer zweiten Staatsbürgerschaft zu einer kollektiven Bestrafung führt. Also dem Entzug einer Staatsbürgerschaft, die nach dem Krieg verliehen worden ist“, so Hilpold. Derartige Theorien seien für den Völkerrechtsexperten allesamt „Spekulationen, die mit dem geltenden Recht nicht in Einklang zu bringen“ seien.

Schutzfunktion nicht geschwächt

Auch werde eine doppelte Staatsbürgerschaft keinesfalls die Schutzfunktion Südtirols schwächen, wie ebenfalls behauptet worden sei. *„Das ist deshalb unzutreffend, weil die Schutzfunktion kollektiv wirkt. Die **Staatsbürgerschaft ist hingegen ein individuelles Recht**, welches Einzelpersonen betrifft – wenn es auch viele sein werden“,* erläutert Hilpold.

Da diese beiden Funktionen auf völlig unterschiedlichen Ebenen operieren, sei **eine Einschränkung der Schutzfunktion absolut**

nicht denkbar, so der Verfassungsexperte. Die Schutzfunktion umfasse nämlich alle Deutschen und Ladiner in Südtirol, unabhängig von der Frage, ob sie nun eine zweite oder mehrere Staatsbürgerschaften haben. „Da sehe ich deshalb überhaupt keinen Zusammenhang“, so Hilpold.

Die Rolle und das politische Bekenntnis des Dr. Andreas Khol

Wenn man die Frage beantworten will, was Andreas Khol antreibt, ein Projekt wie jenes des Erwerbes der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Südtiroler zu torpedieren, dann muss man einen Blick auf Khols politische Tätigkeit in der Vergangenheit werfen.

Der in väterlicher Linie von Südtiroler Vorfahren abstammende Jurist Dr. Andreas Khol, Jahrgang 1941, gehört zum politischen Urgestein der „österreichischen Volkspartei“ (ÖVP). Er hat in der Südtirol-Politik viele Jahre lang eine bedeutende Rolle gespielt, die vielfach öffentlich nicht wahrgenommen wurde, weil sie hinter den Kulissen vollzogen wurde.

Der politische Werdegang des Andreas Khol

Über seinen politischen Werdegang berichtete Andreas Khol im November 2012 [in einem Interview](#), welches die deutsche Konrad Adenauer Stiftung veröffentlichte:

„Ich war und bin Mitglied des Cartellverbands Österreichischer Katholischer Studenten (ÖCV). Da brauchte man damals nicht der ÖVP beizutreten, der ÖCV war die ÖVP. Ich arbeitete ... auch im Rahmen der „Aktion 20“ in einer Expertengruppe unter Botschafter Franz Karasek an der Entwicklung der Europapolitik der Regierung Klaus mit. An eine Parteimitgliedschaft dachte ich nicht. Im Jahre 1970 verlor die ÖVP die Mehrheit und da trat ich dann aus Solidarität der ÖVP bei, Dr. Alois Mock war damals

dynamischer junger Partei-Erneuerer und nahm gleich mit mir Kontakt auf. So kam ich in die Nähe von Mock und dem Wiener Arbeiter- und Angestelltenbund.“



Khol mit hohen österreichischen Orden und mit dem Band seiner CV-Verbindung

Khol leitete sodann von 1974 bis 1993 als **Direktor die Politische Akademie der ÖVP**, wurde zum **außenpolitischen Sprecher der ÖVP** bestellt sowie als **Nationalratsabgeordneter** zum **Klubobmann des ÖVP-Parlamentsklubs** und später zum **Nationalratspräsidenten**. Zusätzlich war er in der **österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik** sowie beim **Österreichischen Verfassungsgerichtshof** tätig und wurde 1980 auch noch durch die Ernennung zum **außerordentlichen Universitätsprofessor** der Universität Wien für seine so vielfältige Tätigkeit geehrt und belohnt.

Khols führende Tätigkeit in der „Internationale der Christdemokraten und Konservativen“



Dr. Alois
Mock war
Präsident der
EDU

Als 1978 von Josef Taus (ÖVP), Helmut Kohl (CDU), Jacques Chirac (Gaullisten) und Margaret Thatcher (Konservative Partei) eine „Internationale der Christdemokraten und Konservativen“ als Gegengewicht zur Sozialistischen Internationale und zum internationalen Kommunismus gegründet wurde, bestellten diese Politiker auf die Empfehlung der ÖVP hin **Andreas Khol zum Exekutiv-Generalsekretär der neu gegründeten „Europäischen demokratischen Union“ (EDU)**, deren Präsident der **ÖVP-Parteivorsitzende und spätere Außenminister Dr. Alois Mock** wurde.

Khol übte dieses Amt 17 Jahre bis 1994 aus und administrierte die EDU von dem zentralen Büro in Wien aus. (Näheres siehe: Michael Gehler, Marcus Gronier, Hinnerk Meyer, Hannes Schönner: „Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten und Konservativen“, 2 Bde., Berlin/Boston 2018)

Die Zielsetzung der EDU – Südtirol wurde wieder das Opfer des „Kalten Krieges“

In dem [Interview](#) mit der **Konrad Adenauer Stiftung** berichtete Andreas Khol über die politischen Ziele der EDU:

*„Strategisch war sie auf die Erweiterung der Union auf alle Staaten des damaligen Europarats angelegt ... Strategisch war auch das Konzept der Volkspartei, die **alle nicht-***

sozialistischen Kräfte bündeln und integrieren sollte. Christdemokraten, Konservative, Liberale und Marktwirtschaftler sollten im Europäischen Parlament in der Europäischen Volkspartei (EVP) zusammenarbeiten und in den Staaten zu Volksparteien integriert werden.“

Das Ziel sei die Schaffung eines **europäischen Bundesstaats** gewesen.

In dieser Situation war der EDU-Generalsekretär Andreas Kohl wohl bemüht, jede Störung des politischen Klimas zwischen christdemokratischen Parteien zu verhindern. Dies umso mehr, als sich Österreich zusätzlich durch Italien erpresst sah.

Rom hatte ein **Veto gegen den Beitritt Österreichs zur EWG** (Vorläufer der EU) eingelegt, welches solange gelten sollte, als Südtiroler Freiheitskämpfer tätig waren und die Frage Südtirol nicht im Sinne Roms durch österreichische Verzichtete gelöst war. Politische Forderungen der Südtiroler und ihrer Freunde in Österreich mussten hier wohl auch von Kohl als Störung empfunden und nach Möglichkeit hintan gehalten werden.

Die politische Augenauswischerei mit der Streitbeilegungserklärung von 1992 – Kohl war daran beteiligt

Unter diesem Druck verzichtete Österreich auf eine internationale Absicherung des Südtirol-Autonomiestatuts von 1972. Österreich stimmte zu, dass bei Autonomieverletzungen nur der **40 Maschinschreibzeilen umfassende und sehr allgemein formulierte Pariser Vertrag von 1946** eingeklagt werden könne.

Am 19. Juni 1992 teilten Österreich und Italien in gleichlautenden Schreiben dem Generalsekretär der **Vereinten Nationen** mit, daß der vor den Vereinten Nationen anhängig gewesene **Streit** nun beendet sei. In den Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die **jeweiligen Rechtsstandpunkte Italiens und**

Österreichs unpräjudiziert gelassen würden.

Der italienische Standpunkt aber besagt, dass Pariser Abkommen bereits durch das Erste Autonomiestatut von 1948 erfüllt worden sei und dass die Verbesserungen des Zweiten Autonomiestatuts von 1972 freiwillige Mehrleistungen Italiens seien.

Bei einer Klage vor dem IGH muss Österreich daher beweisen, dass die jeweils betroffenen Autonomiebestimmungen zwingend zur Erfüllung des Pariser Vertrages notwendig und eben keine Mehrleistungen Italiens seien.



Der ÖVP-
Außenminister Dr.
Karl Gruber hatte
1946 im Sinne der
Westalliierten den
verheerend
unzulänglichen
„Pariser Vertrag“
ohne Genehmigung
der Regierung und
des Nationalrats
eigenmächtig und
überfallsartig
abgeschlossen.

Dies ist angesichts der verheerenden Qualität des 1946 von dem **ÖVP-Außenminister Dr. Karl Gruber** eingebrockten mangelhaften, nur 40 Maschinschreibzeilen umfassenden und sehr allgemein formulierten „Pariser Vertrages“ ein juristisch mehr als riskantes Unterfangen.

Zwei von der Bundesregierung damals in Auftrag gegebene Gutachten des Salzburger **Völkerrechtsexperten Univ.-Prof. DDr. Franz Matscher** besagen aber, **dass nur wenige direkt aus dem von 1946 ableitbare Paketmaßnahmen** bei deren Verletzung mit Erfolgsaussicht vor dem IGH eingeklagt werden können.

Die Bundesregierung hat daher bei den seit 2001 massiv einsetzenden Autonomieaushöhlungen die den Gang vor den IGH wie der Teufel das Weihwasser gescheut.

Andreas Khol war an der Schaffung dieser Scheinlösung aktiv als politischer Mittäter beteiligt gewesen. In dem bereits erwähnten [Interview](#) mit der **Konrad Adenauer Stiftung** berichtete Andreas Khol:

„Ab 1971 setzten die Verhandlungen um die neue Autonomie in Südtirol ein, die schließlich 1992 zur Streitbeilegung zwischen Österreich und Italien führten – in der Verhandlungsphase ab 1987, als Alois Mock Außenminister geworden war, war ich in die Arbeiten einbezogen und konnte zur Streitbeilegung beitragen.“

2012: Khol zur „transnationalen Parteienkooperation“:

In dem bereits erwähnten Interview mit der **Konrad Adenauer Stiftung** erklärte Andreas Khol auf die Frage nach der gegenwärtigen „Parteienkooperation im Zeichen von EU-Staats- und Regierungschefs“:

„Zwei Interessen einen uns und bringen uns zur Zusammenarbeit: erstens die Gestaltung Europas in der EU als

stärkste Fraktion im Europäischen Parlament, zweitens das Bestehen des Wettbewerbs im Inneren: als Volksparteien der Mitte und rechts der Mitte im demokratischen Wettstreit um die Mehrheit im Lande. Für beides ist die transnationale Parteienkooperation wichtig.“



Obwohl ihn die „Erfahrung“ so „stark“ machte, wie dieses Wahlplakat verkündete, reihten die Österreicher bei der Bundespräsidentenwahl 2016 Andras Khol nur auf Platz fünf. Khol gab daraufhin bekannt, sich aus der Politik zurückzuziehen. So ganz tut er das aber nicht, wie jetzt sein Störmanöver gegen die doppelte Staatsbürgerschaft für Südtiroler zeigte.

Wie Khol die Festlegung der Schutzmachtfunktion in der österreichischen Bundesverfassung torpedierte

Die ÖVP ist als Schwesterpartei eingebunden in die gemeinsame Politik der Europäischen Volkspartei (EVP), die wiederum auf der Linie der NATO-Interessen und damit jener der USA und seiner strategischen Verbündeten einschließlich Italiens agiert.

Die endgültige Erledigung des Südtirol-Störfaktors lag und liegt im Interesse dieser Politik. Es lag sicherlich auch im Sinne dieser Politik, dass Andreas Khol 2006 die Schutzmachtinitiative scheitern ließ



Der parteifreie österreichische Justizminister Univ.-Prof. Dr. Hans Klecatsky war Zeit seines Lebens ein ehrlicher Vorkämpfer für die Rechte und Anliegen Südtirols.

Der parteifreie ehemalige **österreichische Bundesminister für Justiz und Universitätsprofessor für öffentliches Recht und Politikwissenschaft**, Dr. Hans R. Klecatsky hatte bereits am 24. August 1992 in einem Gastkommentar in der Wiener Tageszeitung „Die Presse“ gefordert, daß Österreich die Schutzmachtrolle Österreichs und das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler in einer Präambel zur österreichischen Verfassung rechtlich fixiere.

Im Jänner 2004 richtete Klecatsky eine diesbezügliche Petition

an den Tiroler Landtagspräsidenten Helmut Mader (ÖVP), welcher Vorsitzender des „Tirol-Konvents“ des Tiroler Landtags war.

Das „Südtirol-Memorandum“

Am 20. April 2004 wurde in Innsbruck dem Tiroler Landeshauptmann Herwig van Staa ein von Vertretern der großen kulturellen und wirtschaftlichen Verbände Südtirols unterzeichnetes diesbezügliches „Südtiroler Memorandum“ übergeben. In diesem Memorandum wurde gefordert, dass die *„gegenüber Südtirol bestehende Schutzstaatsverpflichtung“* in rechtsverbindlicher Form in die österreichische Bundesverfassung aufgenommen werde.

Unterzeichnet hatten:

Der Südtiroler Landeshauptmann Durnwalder und alle SVP-Mandatäre auf Landes-, Staats- und Europaebene, die Landtagsabgeordneten der Union für Südtirol und der Freiheitlichen Südtirols sowie zahlreiche Bürgermeister und Verbände:

Südtiroler Heimatbund, Südtiroler Wirtschaftsring, Südtiroler Bauernbund, Alpenverein Südtirol, Südtiroler Kulturinstitut, Südtiroler Schützenbund, Heimatpflegeverband Südtirol, Südtiroler Bildungszentrum, Südtiroler Kriegsopfer- und Frontkämpferverband, Arbeitsgruppe zur Regelung der Ortsnamen, Junge Generation in der SVP, Arbeitskreis für Südtirol, Südtiroler Gemeindeverband.

Am 31. Jänner 2005 gab der auch zu diesem Thema tagende **parlamentarische Österreich-Konvent** seinen Endbericht ab, der einem Textvorschlag des **Nationalratspräsidenten Dr. Andreas Kohl (ÖVP)** folgte. Darin wurde Österreichs Schutzmachtrolle auf folgende unverbindliche Formulierung reduziert:

„Österreich tritt für den Schutz der mit ihm geschichtlich verbundenen deutschsprachigen Volksgruppen, insbesondere der Südtiroler ein.“

Es war keine Rede mehr von der Aufnahme der Schutzmachtklausel in die Bundesverfassung.

Neuerlicher Anlauf:

Gesamttiroler Schützenpetition – 113 von 116 Südtiroler Bürgermeistern hatten unterschrieben



Die
Überreichung
der
gesamttiroler
Petition in
Wien an
Andreas Khol

Am 21. Jänner 2006 überreichten die Landeskommandanten des Südtiroler Schützenbundes und der Nordtiroler Schützen in Wien dem Nationalratspräsidenten Andreas Khol eine neuerliche Petition.

Darin hieß es:

*„Die unterzeichneten Schützenkompanien und Bürgermeister aus allen Teilen des historischen, großen Tirol ersuchen den Nationalrat bei den derzeit laufenden Beratungen über eine neue österreichische Bundesverfassung auf der Grundlage der Beratungen des Österreich-Konvents in der **Präambel einer solchen Verfassung** folgende Worte aufzunehmen:*

1) Die Republik Österreich anerkennt die historisch gewachsenen Volksgruppen in Österreich und setzt sich **für Schutz und Förderung der mit Österreich geschichtlich verbundenen deutschsprachigen Minderheiten, insbesondere auch der Südtiroler ein.**

2) Die Republik Österreich bekennt sich zur **Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes** des vom Land Tirol abgetrennten Tiroler Volkes deutscher und ladinischer Sprache und zum besonderen Schutz der Rechte der Südtiroler auf der Grundlage des Völkerrechtes.“

Neben den Süd- und Nordtiroler Schützenkompanien hatten in Südtirol 113 von insgesamt 116 Bürgermeistern unterschrieben.

Nun gingen in Italien die politischen Wogen hoch. Andreas Khol war es ein Anliegen, rasch zur Wiederherstellung der Freundschaft mit Rom beizutragen.

Andreas Khol: „Kein Schatten trübt unser Verhältnis zu Italien!“

Als der nunmehrige österreichische Nationalratspräsident Andreas Khol Ende Jänner 2006 in Rom zu einem Besuch bei seinem Amtskollegen, dem italienischen Kammerpräsidenten Pier Ferdinando Casini weilte, äußerte Khol laut „Dolomiten“ vom 31. Jänner 2006 diesem gegenüber:

„Kein Schatten trübt unsere Beziehungen zu Italien.“

Laut APA-Bericht vom 17. Februar 2006 erklärte Andreas Khol:

„Es gibt in der Südtirolfrage kein einziges offenes Problem zwischen Österreich und Italien.“

Die Versenkung des „Südtiroler Memorandums“: Exekutor: Andreas Khol!



Die Landeseinheit? *Ein Faktum*

Politik: Befreit von den institutionellen Fesseln, redet der ehemalige Nationalratspräsident Andreas Khol Tacheles. Und räumt mit Gemeinplätzen auf.

In den Medien (hier: Südtiroler ff-Illustrierte 09 2007) verkündete Andreas Khol vollmundig, dass durch die EU-Mitgliedschaft Österreichs die Tiroler Landeseinheit bereits erreicht und somit alles bestens sei.

Am 5. Juli 2006 wurde im **Österreichischen Nationalrat** von den Abgeordneten aller Parteien mit Ausnahme und gegen die Stimmen der „Grünen“ eine **EntschlieÙung** verabschiedet:

„Der Nationalrat unterstützt bei einer Verfassungsreform die Aufnahme einer Bestimmung in die österreichische Bundesverfassung, welche die Schutzfunktion für die österreichische Volksgruppe in Südtirol verankert.“

Eine Woche später unterschrieb Khol als Nationalratspräsident am 12. Juli 2006 die vorzeitige Beendigung der laufenden Gesetzgebungsperiode. Damit wurde der Antrag gegenstandslos.

In der nächsten Legislaturperiode war die neue Bundesregierung nicht mehr an den Entschließungsantrag gebunden, weil ein solcher nur für die jeweils laufende Legislaturperiode gilt.

Ein Initiativantrag jedoch hätte auch eine Bindung und Verpflichtung zur Umsetzung des Beschlusses für die nächste Regierung bedeutet.

Der **FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer** erklärte später dazu in einem Pressedienst:

„Es ist völlig auszuschließen, daß Khol, einem hervorragenden Kenner der Geschäftsordnung, das entgangen sein sollte.

Er hat jedenfalls wohlweislich keinen Initiativantrag geplant gehabt. Es war von Anfang an nur an eine üble Inszenierung von Theaterdonner geplant gewesen.

So hatten die ÖVP und Khol für die anstehenden Wahlen den Anschein des Patriotismus erwecken und gleichzeitig – von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen – von vorneherein das von Rom nicht gewünschte Projekt zum Scheitern bringen können.“
(OTS-Pressedienst vom 18. Jänner 2010)

„Komplizenschaft mit Rom“

In der Folge drängten der **Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder** und andere Südtiroler Politiker immer wieder auf die Festschreibung der Schutzmachtrolle in der österreichischen Bundesverfassung.



Der FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer drängte immer wieder – wie hier in einem Interview mit der Südtiroler „Z – Zeitung am Sonntag“ vom 13. Dezember 2009 – auf die Verankerung der Schutzmachtrolle gegenüber Südtirol in der österreichischen Bundesverfassung.

Wie der **FPÖ-Südtirolsprecher und Nationalratsabgeordnete Werner Neubauer** berichtete, schmetterten die ÖVP-Bundespolitiker dieses Ansinnen ab.

Am 18. Jänner 2010 veröffentlichte Neubauer einen Pressedienst mit dem Titel **„ÖVP in Komplizenschaft mit Rom gegen Südtirol!“**

Darin enthüllte er, dass der österreichische **Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP)** allen angesprochenen Südtiroler Anliegen eine blanke Abfuhr erteile.

In dem Pressedienst hieß es:

*„Die Südtirolpolitik des von der ÖVP besetzten österreichischen Außenministeriums besteht darin, **in Komplizenschaft mit dem italienischen Außenminister Frattini jegliche Bewegung in der Südtirolfrage zu verhindern, die Rom unangenehm ist. ... Spindelegger erklärte mir unverblümt, daß es für ihn nicht in Frage komme, Italien zu verärgern.**“*



Österreichs Außenminister Spindelegger (links im linken Bild) in herzlicher Verbundenheit mit seinem italienischen Kollegen Frattini von der nationalistischen Partei „Forza Italia“ (rechts im linken und im rechten Bild) bei einem Treffen in Rom. Die „Forza Italia“ war unter der Federführung Frattinis auch politische Bündnisse mit den Neofaschisten eingegangen.

Am 15. Februar 2010 berichtete die „Tiroler Tageszeitung“, dass **Außenminister Spindelegger** (ÖVP) in Bezug auf eine Aufnahme der Schutzmachtrolle in die Bundesverfassung erklärt habe, dergleichen komme nur *„in Zusammenhang mit einer großen Verfassungsreform“* in Frage, die aber derzeit nicht anstehe.

Sie steht bis heute nicht an und wird, wenn es nach dem Willen bestimmter ÖVP-Politiker geht, bis zum St. Nimmerleinstag nicht anstehen.

Das Ringen um die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler:

Der Aufstand der SVP-Altmandatäre mit dem ehemaligen Landeshauptmann Durnwalder an der Spitze

Bereits vor dieser Aktion hatte die Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten – darunter 7 Abgeordnete der SVP – in einem Schreiben die Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler gefordert. Zahlreiche Südtiroler und Nordtiroler Persönlichkeiten hatten dies seitdem unterstützt.



FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz Christian Strache (links) und der

FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer

In Österreich hatten der **FPÖ-Parteiohmann Heinz Christian Strache** und sein **FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer** nie ein Hohl daraus gemacht, dass die Anliegen der Südtiroler auch für sie Herzensanliegen sind.

Seit Jahren war die FPÖ für die Ermöglichung der **doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler** eingetreten. Dies kann laut staatsrechtlicher Gutachten durch **eine einfache Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes** verwirklicht werden. Es braucht dazu keine Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Als in Südtirol diese Frage öffentlich erörtert wurde, haben der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher (SVP) und der Obmann der Südtiroler Volkspartei (SVP), Philipp Achammer, unverständlicher Weise eine ablehnende Haltung gezeigt. In der SVP gingen daraufhin die Wogen hoch. Es brach Empörung aus.

Das Internet-Nachrichtenportal „[Unser Tirol 24](#)“ enthüllte am 28. November 2017:

POLITIK SÜDTIROL

Paukenschlag: SVP-Altmandatäre bitten bei Staatsbürgerschaft um Zustimmung

By fe • November 28, 2017

Nachdem sich die Mehrheit der Abgeordneten zum Südtiroler Landtag in einem Brief an ÖVP-Chef Sebastian Kurz und Heinz Christian Strache (FPÖ) für die doppelte Staatsbürgerschaft ausgesprochen haben, legen die Altmandatäre der Südtiroler Volkspartei nach. In einem Schreiben an Wien bitten 25 ehemalige Volksvertreter bei der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler eindringlich um Zustimmung. Darunter namhafte Personen wie Alt-Landeshauptmann Luis Durnwalder, Siegfried Brugger, Bruno Hosp und Franz Pahl. Somit sprechen sich fast alle Größen der SVP für die Umsetzung dieses Vorhabens aus.



Dem SID liegt das Schreiben der SVP-Altmandatare vor:

An Herrn
Bundes-Parteibmann
der Freiheitlichen Partei Österreichs
NR Heinz Christian Strache

Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann,

die unterzeichnenden ehemaligen Mandatäre der Südtiroler Volkspartei wenden sich im Zusammenhang mit den laufenden Koalitionsverhandlungen an Sie mit dem Ihnen bekannten Anliegen, interessierten Südtirolern wieder die österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Die Südtiroler sind Altösterreicher, die die österreichische Staatsbürgerschaft gegen ihren Willen durch die Annexion Südtirols an Italien verloren haben. Es ist darum ein sehnlicher Wunsch vieler Südtiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft als Zeichen ihrer Verbundenheit mit dem historischen Vaterland Österreich wiederzuerlangen.

Südtirol wurde 1919 gegen seinen Willen von Österreich getrennt. Die Südtiroler gingen damit auch der österreichischen Staatsbürgerschaft verlustig. Sie mussten auch nach 1945 trotz aller Bemühungen Österreichs und gegen ihren ausdrücklichen Willen bei Italien verbleiben. Dies stellt ein historisches Unrecht dar.

Im Unterschied dazu konnten andere Altösterreicher nach 1919 bzw. nach der Auflösung Ex-Jugoslawiens eigene Nationalstaaten gründen und ihren Bürgern eine ihnen gemäße Staatsbürgerschaft verleihen.

Italien hat seinerseits bereits vor Jahren in weitherziger Weise allen Auslandsitalienern in der ganzen Welt das Recht auf den italienischen Pass eingeräumt. Beispielsweise können nun slowenische, kroatische oder bosnische Staatsbürger italienischer Herkunft wieder den italienischen Pass beantragen.

Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler wäre folglich auch eine Frage der Gegenseitigkeit. Die österreichische Staatsbürgerschaft neben der italienischen würde für viele Südtiroler ein Zeichen einer besonderen Verbindung des Vaterlandes zur österreichischen Minderheit in Italien darstellen. Die Südtiroler ihrerseits würden durch die auf Antrag erfolgende Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ihre österreichische Identität und Verbundenheit mit dem Vaterland Österreich im europäischen Geist symbolisch-sichtbar zum Ausdruck bringen können.

Ähnlich wie Italien, haben auch viele andere europäische Staaten längst ähnliche Regelungen getroffen wie Bosnien und Kroatien, Portugal oder Spanien, das inzwischen auch den unter der Diktatur ausgebürgerten Exilspaniern wieder die spanische Staatsbürgerschaft verliehen hat.

Die Republik Österreich kann durch einen souveränen Akt dem analogen italienischen Beispiel folgen und dem sehnlichen und berechtigten Wunsch vieler Südtiroler entsprechen. Das würde als wertvolle und weitsichtige Geste europäischer Offenheit verstanden werden und die Freundschaft und das Zusammenwirken der beiden Staaten verstärken.

Bozen, den 24. 11. 2017

Unterzeichner

[Handwritten Signature]
Wolfgang Dreyer
H. Feichter
Richard Memner
Wolfgang Mitter
Sepp Kersch
Manfred Bettler
Matthias Ladurner
Hugo Valentin
Sepp Kersch
Franz Dreyer
Dr. Dreyer
Hans Peter

Hans Benediktter
Ernst Dreyer
Dr. Hans Anton Zingerle
[Handwritten Signature]
Anton Mitter
Alwin Köfler
Hans Peter
F. Selber
Ilse Kersch
Hans Peter
Ernst Peter
Franz Dreyer

Zu den Unterzeichnern gehören folgende ehemalige Amtsträger und Mandatäre der Südtiroler Volkspartei (SVP):



Alt-Landeshauptmann
Luis Durnwalder

Dr. Luis Durnwalder (Alt-Landeshauptmann, Landesrat, Mitglied der Regionalregierung, Direktor des Südtiroler Bauernbundes, Parteiobmann-Stv. der SVP, Ehrenmitglied der Schützenkompanie Pfalzen)

RA DR. Siegfried Brugger (Ehemaliger Obmann der SVP, Mitglied der römischen Abgeordnetenversammlung, Landtagsabgeordneter, Mitglied der Sechser- und Zwölferkommission zum Autonomiestatut)

Elmar Pichler Rolle (Ehemaliger Obmann der SVP, Landesrat, Landtagsabgeordneter, Vizebürgermeister von Bozen)

Dr. Bruno Hosp (Ehemaliger Generalsekretär der SVP, SVP-Ortsobmann, Landesrat, Landtagsabg., Bürgermeister, 2.Vorsitzender der FUEV – Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen)

Dr. Hans Benedikter (ehemaliges Mitglied der italienischen Abgeordnetenversammlung, Mitglied des Europarates, Bürgermeister der Gemeinde Prettau, Landesjugendreferent der Jungen Generation der SVP)

Dr. Alois Kofler (ehem. Landesrat, Landtagsabg., Mitglied des römischen Senats, Bürgermeister der Gemeinde Sarntal)

Dr. Karl Ferrari (ehem. Mitglied des römischen Senats)

Sepp Mayr (ehem. Landesrat, Landtagsabg., SVP-Bezirksobmann)

Dr. Michl Laimer (ehem. Landesrat und Landtagsabg.)

Dr. Siegfried Messner (ehem. Landesrat und Landtagsabg., SVP-Bezirksobmann)

RA Dr. Werner Frick (ehem. Landesrat und Landtagsabg., Direktor des HGV-Südtiroler Hotelier- und Gastwirteverbandes, Direktor des HDS-Südtiroler Handels- und Dienstleisterverbandes)

Dr. Hugo Valentin (ehem. Landesrat und ladinischer Landtagsabg., Präsident eines ladinischen Kulturinstituts)

Franz Alber (ehem. Landesrat und Landtagsabg., Bürgermeister von Meran)

Dr. Franz Pahl (ehem. Vizepräsident der Regionalregierung, Regionalratspräsident, Landtagsabgeordneter, SVP-Bezirksobmann, Landesjugendsekretär der Jungen Generation in der SVP)

Roland Atz (ehem. Vizepräsident der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter, Stadtrat der Gemeinde Bozen)

Mathias Ladurner (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter)

Franz Bauer (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister der Gemeinde Latsch)

Dr. Luis Zingerle (ehem. Präsident des Regionalrates, Landtagsabgeordneter, Stadtrat der Gemeinde Brixen, SVP-Bezirksobmann)

Zeno Giacomuzzi (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Bürgermeister von Brixen)

Franz Demetz (Ladinischer Landtagsabgeordneter, Bürgermeister der Gemeinde St. Christina in Gröden, Stellv. Obmann der Südtiroler Volkspartei)

Dr. Hans-Peter Munter (ehem. Landtagsabgeordneter, Direktor des Südtiroler Handwerkerverbandes)

Arthur Feichter (ehem. Landtagsabgeordneter, Obmann des Südtiroler Bauernbundes, Ortsobmann der SVP)

Georg Pardeller (ehem. Landtagsabgeordneter, Leitender Sekretär des ASGB-Autonomer Südtiroler Gewerkschaftsbund)

Maria Bertolini (ehem. Landtagsabgeordnete)

Martina Ladurner (ehem. Landtagsabgeordnete)

„Das historische Fenster ist geöffnet“



Sven Knoll

Am 28. November 2017 stellte dazu der **Südtiroler Landtagsabgeordnete Sven Knoll** von der „Süd-Tiroler Freiheit“ in einer Presseerklärung fest:

„Nach dem Ansuchen der Mehrheit der Süd-Tiroler Landtagsabgeordneten ist damit eine weitere ganz klare Willensbekundung ergangen. Nun ist das historische Fenster zur

Umsetzung geöffnet.

*Die Petition der SVP-Funktionäre, vor allem aber die Unterstützung durch Alt-Landeshauptmann Durnwalder kann nicht länger ignoriert werden. Das Signal an Wien ist eindeutig: **Süd-Tirol wünscht sich die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft!***

In Süd-Tirol haben sich alle deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für die Möglichkeit einer österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft ausgesprochen, auch Vertreter der Gewerkschaft, Vereinsvorstände und die Schützen aus ganz Tirol unterstützen das Anliegen.

Die doppelte Staatsbürgerschaft wäre für Süd-Tirol von unschätzbarem Wert, sie würde die Verbindungen zu Österreich stärken, die Tiroler Landesteile einander näher bringen und die Süd-Tirol-Autonomie nachhaltig festigen.

Es ist dies nun die historische Chance für Süd-Tirol, mit vereinten Kräften die doppelte Staatsbürgerschaft umzusetzen.“

Die Enthüllung der „Dolomiten“: Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten fordert Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft

Vorangegangen war dem Brief ein ebenso **spektakulärer Vorstoß der Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten**, welchen die Tageszeitung „Dolomiten“ enthüllt hatten.

19 Abgeordnete im Südtiroler Landtag für den „Doppelpass“

POLITIK: Parteiübergreifende Initiative in Sachen Doppelstaatsbürgerschaft – Gemeinsamer Brief an Kurz und Strache ▶ Seite 11



ÖVP-Chef Sebastian Kurz (im Bild links) und Freiheitlichen-Obmann Heinz-Christian Strache: Geht es nach 19 Landtagsabgeordneten, soll die Doppelstaatsbürgerschaft ins Koalitionsabkommen. APA/HELMUT FOHRINGER

Dolomiten - Dienstag, 21. November 2017

„Nicht Privilegien oder finanzielle Erwartungen stehen im Vordergrund, sondern der ideelle und identitätsstiftende Wert der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft.“

19 Südtiroler Landtagsabgeordnete von insgesamt 6 Parteien in ihrem Schreiben

Mehrheit der Landtagsabgeordneten ist für Doppelstaatsbürgerschaft

HOHES HAUS: Parteiübergreifender Schulterschluss für einen „Akt der Wiedergutmachung“ – „Doppelpass“ soll ins Koalitionsabkommen

BOZEN (hof). 19 von 35 Südtiroler Landtagsabgeordneten setzen sich beim designierten österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz und bei Freiheitlichen-Chef Heinz Christian Strache für die doppelte Staatsbürgerschaft ein: 7 Abgeordnete der SVP, 3 der Süd-Tiroler Freiheit, 6 Freiheitliche, die BürgerUnion, 5-Sterne-Bewegung und Team Autonomie.

Die 19 Abgeordneten haben parteiübergreifend ein Schreiben an ÖVP-Obmann Kurz und Freiheitlichen-Chef Strache gerichtet.

DIE UNTERZEICHNER

19 Mandatäre sind für den „Doppelpass“

BOZEN. Folgende Landtagsabgeordnete haben das Schreiben an ÖVP-Obmann **Sebastian Kurz** und Freiheitlichen-Chef **Heinz-Christian Strache** für eine doppelte Staatsbürgerschaft unterzeichnet: **Thomas Widmann, Maria Hochgruber-Kuenzer, Sepp Noggl, Albert Wurzer, Christian Tschurtschenthaler, Oswald Schiefer, Veronika Stirner** (alle SVP), **Sven Knoll, Bernhard Zimmerhofer, Myriam Atz-Tammerle** (alle Süd-Tiroler Freiheit), weiters die Freiheitlichen **Ulli Mair, Hannes Zingerle, Sigmar Stocker, Tamara Oberhofer, Roland Tinkhauser** und **Walter Blaas**, zudem **Andreas Pöder** (BürgerUnion), **Paul Köllensperger** (M5S) und **Elena Artioli** (Team Autonomie). ©

„Es entspricht dem Wunsch sehr vieler Süd-Tiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen“, betonen die 19 Abgeordneten in dem Schreiben. „Wir sprechen uns daher für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler aus und richten hiermit das Ansuchen an Sie, die Wie-

dererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.“ In dem Schreiben wird betont, dass sich in Südtirol *alle* deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für dieses Anliegen ausgesprochen hätten. Die Südtiroler hätten ihre österreichische Staatsbürgerschaft unfreiwillig mit der Annexion Südtirols durch Italien verloren. Die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Südtiroler wäre deshalb ein „Akt der Wiedergutmachung“.

Mit dieser Veröffentlichung der „Dolomiten“ wurde das Thema der Doppelstaatsbürgerschaft mit einem Schlag zu einem Hauptgesprächsthema in ganz Südtirol. Bald sollte die Diskussion auch Nordtirol erreichen.

Dem SID liegt auch der Brief der Südtiroler Abgeordneten in Ablichtung vor:

An den Obmann der Neuen Volkspartei, Herrn Sebastian Kurz.
An den Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, Herrn Heinz-Christian Strache.

Betreff: Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler.

Verehrter Herr Kurz, verehrter Herr Strache!

In Süd-Tirol haben sich alle deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für die Möglichkeit einer österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft ausgesprochen. Ihre österreichische Staatsbürgerschaft verloren die Süd-Tiroler mit der Annexion Süd-Tirols durch Italien unfreiwillig. Die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler wäre daher ein Akt der Wiedergutmachung.

Bis heute geht ein Riss durch viele Familien in Tirol, die in nunmehr getrennten Landesteilen leben und durch unterschiedliche Staatsbürgerschaften zusätzlich geteilt werden. Auch der Zugang zu bestimmten Berufen in Österreich bleibt den Süd-Tirolern – auf Grund der fehlenden österreichischen Staatsbürgerschaft – verwehrt.

Nicht Privilegien oder finanzielle Erwartungen stehen jedoch im Vordergrund, sondern der ideelle und identitätsstiftende Wert der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Doppelte Staatsbürgerschaften sind in den meisten EU-Staaten bereits zur politischen Realität geworden. Sie entsprechen dem Wunsch der Bürger, die eigene Identität selbst zu definieren und machen diese Identität vor allem für ethnische Minderheiten nicht länger von der staatlichen Zugehörigkeit abhängig.

Der internationale Vergleich zeigt, dass sich doppelte Staatsbürgerschaften insbesondere für Minderheiten und zum Schutz ihrer Rechte bewährt haben.

Als Beispiel hierfür sei die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft (als Zweitstaatsbürgerschaft) durch die Bundesrepublik Deutschland an die deutschsprachigen Minderheiten in den ehemaligen Ostgebieten genannt. Auch die Republik Österreich gewährt den österreichischen Auswanderern im brasilianischen Dreizehnlinden die österreichische Staatsbürgerschaft.

Besonders hervorzuheben ist auch die Republik Italien. Seit einer Gesetzesänderung im Jahre 2006 bietet Italien all seinen im Ausland lebenden italienischen Minderheiten (z.B. in Kroatien und Slowenien) die Möglichkeit der Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft an.

Das Modell der Doppelstaatsbürgerschaft, das Italien für seine eigenen Minderheiten eingeführt hat, wäre auch für Süd-Tirol die ideale Lösung.

Mit der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler würden die Verbindungen zwischen Süd-Tirol und Österreich gestärkt, die Position der Süd-Tiroler als österreichische Minderheit im italienischen Staatsgebiet gefestigt und die Minderheitenrechte somit zusätzlich abgesichert.

Die gefertigten Abgeordneten zum Süd-Tiroler Landtag richten aus diesem Grunde folgendes Begehren an Sie:

Es entspricht dem Wunsch sehr vieler Süd-Tiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen. Wir sprechen uns daher für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler aus und richten hiemit das Ansuchen an Sie, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.

Bozen, den 15. November 2017.

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
Myria Atz Tanele

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature] *[Handwritten signature]*

Veronika Stirrer

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
[Handwritten signature]

Das Ansuchen, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die Süd-Tiroler die österreichische Staatsbürgerschaft wieder erlangen können, wurde parteiübergreifend von der Mehrheit (!) der Abgeordneten des Süd-Tiroler Landtages unterzeichnet:

L.-Abg. Thomas Widmann (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Maria Hochgruber-Kuenzer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Sepp Nogger (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Albert Wurzer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Christian Tschurtschenthaler (Süd-Tiroler Volkspartei).
L.-Abg. Oswald Schiefer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Veronika Stirner (Südtiroler Volkspartei).

L.-Abg. Sven Knoll (Süd-Tiroler Freiheit).
L.-Abg. Bernhard Zimmerhofer (Süd-Tiroler Freiheit).
L.-Abg. Myriam Atz-Tammerle (Süd-Tiroler Freiheit).

L.-Abg. Ulli Mair (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Hannes Zingerle (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Sigmar Stocker (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Tamara Oberhofer (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Roland Tinkhauser (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Walter Blaas (Die Freiheitlichen).

L.-Abg. Andreas Pöder (BürgerUnion).

L.-Abg. Paul Köllensberger (Movimento 5 Stelle / Fünf-Sterne-Bewegung).

L.-Abg. Elena Artioli (Team Autonomie).

Dieses wichtige Schreiben war das Ergebnis einer Initiative der „Süd-Tiroler Freiheit“ und des Landtagsabgeordneten Sven Knoll.



Dr. Eva Klotz und der Landtagsabg. Sven Knoll

Der Landtagsabgeordnete Sven Knoll von der „Süd-Tiroler Freiheit“ hatte den Brief der Südtiroler Landtagsabgeordneten initiiert und sollte in der Folge mit zahlreichen Presseaussendungen, welche ihren Niederschlag in den Medien fanden, immer wieder die Politiker zum Handeln auffordern. Seine Beharrlichkeit sollte Früchte tragen.

Unterstützt wurde er hierbei vor allem auch durch die ehemalige Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz, die Tochter des legendären verstorbenen Freiheitskämpfers Georg Klotz.

Die Schützen-Petition

Am 27. November 2017 berichteten die „Dolomiten“:

Einstimmig für die Doppelstaatsbürgerschaft

VERBAND „TIROLER SCHÜTZEN“: Resolution verabschiedet – Thema soll in Koalitionsabkommen festgeschrieben werden



Einstimmig für die Doppelstaatsbürgerschaft (von links): Die Landeskommandanten Enzo Cestari (Welschtirol), Elmar Thaler (Südtirol) und Fritz Tiefenthaler (Nord- und Osttirol).

BRIXEN. Die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler soll ins Koalitionsabkommen der neuen österreichischen Regierung aufgenommen werden. Dafür hat sich der Verband „Tiroler Schützen“ bei seiner Landesausschusssitzung am Samstag in Brixen einstimmig ausgesprochen.

55 Delegierte des Bundes Tiroler Schützenkompanien, des Südtiroler Schützenbundes und des Welschtiroler Schützenbundes haben eine Resolution verabschiedet, welche sich für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler ausspricht. Das Schreiben soll an die Verhandlungsführer der Koalitions-

verhandlungen in Österreich die Bitte richten, sie mögen diesen Wunsch in ihr Koalitionsabkommen aufnehmen.

Dabei können die Schützen auf einen prominenten Fürsprecher zählen. Nach Nordtirols Landeshauptmann Günther Platter habe auch der Nordtiroler Landtagspräsident Herwig van Staa seine volle Unterstützung für die doppelte Staatsbürgerschaft sowie seine Hilfe auf Bundesebene angeboten.

Dem SID liegt das Originalschreiben in Kopie vor:



TIROLER SCHÜTZEN

SCHLERNSTRASSE 1, WALTHERHAUS
39100 BOZEN

S.g. Herrn
Sebastian Kurz
Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei
Dr. Karl Renner-Ring 3
A - 1017 Wien

S.g. Herrn
Heinz Christian Strache
Freiheitlicher Parlamentsklub
Dr. Karl Renner-Ring 3
A - 1017 Wien

Bozen, den 27. November 2017

Betreff: Koalitionsverhandlungen – österreichische Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler

Sehr geehrter Herr Kurz, sehr geehrter Herr Strache!

Der Landesausschuss des Verbandes der Tiroler Schützen hat sich als Vertretung aller Schützenkompanien in Tirol mit seinen rund 20.000 Mitgliedern am vergangenen Samstag in Brixen für die Unterstützung des Vorhabens der Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler ausgesprochen.

Inhaltlich schließen wir uns dem von 19 Abgeordneten des Südtiroler Landtags an Sie übermittelten Schreiben an. Hiermit bitten wir Sie, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Mjr. Elmar Thaler
Geschäftsführender Landeskommendant Tiroler Schützen

Eine landesweite Diskussion brach los

Die SVP – „das Bild eines aufgescheuchten Hühnerhaufen“

Am 21. November 2017 berichtete das Südtiroler Internet-Portal „SALTO“ www.salto.bz/de, dass der **Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher** erklärt habe, dass er sich nicht öffentlich zum Thema äußern werde, **bevor nicht das Anliegen mit den Vertretern der beiden involvierten Regierungen – Österreichs und Italiens – besprochen worden sei.**

Noch deutlicher konnte Kompatscher nicht offenbaren, dass er an der Leine Roms läuft.

Am 22. November 2017 berichteten die „Dolomiten“, dass die Südtiroler Volkspartei (SVP) *„das Bild eines aufgescheuchten Hühnerhaufen“* abgebe. Der Landeshauptmann Kompatscher und der SVP-Obmann Achammer äußerten sich laut „Dolomiten“ ablehnend, während mehrere der SVP-Unterzeichner zu ihrer Unterschrift standen und erklärten, dass man solch wichtige Fragen als Südtiroler Regierungspartei nicht allein der Opposition überlassen dürfe.

Alpenvereinspräsident Georg Simeoni: „Ich würde auf jeden Fall ansuchen!“



Bild aus UT 24

Am 21. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass sich auch der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund (ASGB) der Forderung nach der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler anschließe.

Der **Vorsitzende des ASGB, Tony Tschnett**, erklärt, *„dass die Schutzmacht Österreich mit ihrem Bekenntnis, die Südtiroler effektiv als ihresgleichen anzuerkennen, ihr Protektorat de jure weiter festigen und der deutschen und ladinischen Volksgruppe somit zusätzliche Sicherheit vermitteln könnte.“*

Der **Vorsitzender der ASGB-Jugend, Alexander Wurzer**, zeigt sich als überzeugter Unterstützer der von einer Mehrheit des Südtiroler Landtages lancierte Forderung:

„Zuallererst gilt allen Unterzeichnern des Schreibens mein Dank. Ich muss aber auch mein Unverständnis an jene richten, die das Schreiben nicht unterzeichnet haben, denn jede weitere Unterschrift hätte die Schlagkraft der Forderung bekräftigt.“

Bauernjugend-Obmann für doppelte Staatsbürgerschaft



Bild aus UT
24

Am 21. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **Obmann der Südtiroler Bauernjugend, Wilhelm Haller**, dem Anliegen äußerst positiv gegenüber stehe.

Haller denke, dass „eine Entwicklung hin zu einem vereinten Tirol sicherlich kein Fehler wäre“. Auch die Mitglieder der Südtiroler Bauernjugend seien in dieser Hinsicht *„sicherlich für alles offen“*. *„Würde man alle Jungmitglieder zusammen nehmen, so würde sicherlich ein Plus für dieses Anliegen herauskommen“*, meinte Haller.

Auf die Frage, ob er denn bei einem Zustandekommen der doppelten Staatsbürgerschaft auch gleich ansuchen würde, sagt Haller: *„Da wäre ich ganz bestimmt nicht abgeneigt“*.

SVP-Abg. Hans Benedikter: „Eine legitime Forderung“



Bild SSB

Am 22. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **ehemalige Parlamentsabgeordnete der Südtiroler Volkspartei, Hans Benedikter**, ein glühender Befürworter der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler sei. Im Gespräch mit UT24 ging er mit der Landesführung der SVP in dieser Sache hart ins Gericht und erklärte:

„Es ist eine Schande, dass die Führung der SVP, der Landeshauptmann und der Parteiobmann an der Spitze, nicht ganz klar und deutlich erklären: Selbstverständlich ist das ein Recht und eine Forderung, dass wir offiziell nicht nur unterstützen, sondern wo wir uns an vorderster Front befinden.“

Laut Benedikter sei es ein Skandal, dass Leute die diese Werte am meisten in den Vordergrund stellen müssten, sich „so verkriechen und so tun, als ob sich das nichts angehe“. Die Führung der Volkspartei hätte Forderungen stellen müssen, denn in Wien heiße es oft diskret, „wenn die SVP da nicht dahintersteht, dann tun wir uns schwer“.

Ehemaliger SVP-Obmann Siegfried Brugger: Mehr Mut!



Bild aus UT 24

Am 23. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **langjährige SVP-Obmann und Kammerabgeordnete Siegfried Brugger** seine eigene Partei zu „mehr Mut“ in Sachen Doppelpass aufgerufen habe.

Dass der SVP-Obmann Philipp Achammer die Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten, darunter sieben SVP-Vertreter, öffentlich dafür kritisiert hatte, weil sie sich mit einem Brief an ÖVP-Chef Sebastian Kurz in Sachen Doppelpass gewandt hatten, veranlasste Brugger zu folgender Stellungnahme:

„Wir Südtiroler haben genügend Augenmaß, um zu wissen, welche Anträge wir Österreich gegenüber stellen können und wir sind auch selbstbewusst genug, dass wir nicht bitten müssen, um fragen zu dürfen“.

Österreich und auch die SVP-Führung sollten sich in diesem Falle Italien zum Vorbild nehmen, so Brugger. Italien habe bereits 2006 in weitherziger Weise sehr vielen Auslands-Italienern, das Recht auf den italienischen Pass eingeräumt. Dies sei durchaus mit der Situation Südtirols vergleichbar. Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler wäre folglich eine Frage der Gegenseitigkeit.

Es gehe lediglich um das gleiche Recht für alle Staatsbürger, eine von Vorfahren früher einmal besessene und dann verlorene Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen. Im Falle der Südtiroler sei das die österreichische Staatsbürgerschaft zusätzlich zur italienischen.

Ehemaliger SVP-Vize-Bürgermeister

von Bozen: „Ein wichtiges Zeichen“

Am 23. November 2017 meldete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **ehemalige Vize-Bürgermeister von Bozen, Klaus Ladinser (SVP)** die österreichische Staatsbürgerschaft annehmen würde, sofern dies möglich wäre. Ladinser erklärte:



„Es ist ein wichtiges Zeichen um unsere Südtiroler Kultur und Bevölkerung an Österreich zu binden. Es ist im europäischen Geiste und deshalb eine positive Entwicklung.“

Südtirols Freiheitliche: Historische Chance



Am 23. November 2017 veröffentlichten Südtirols Freiheitliche auf ihrer Internetseite eine Erklärung ihres Parteiobmannes Andreas Leiter Reber, „Wir Freiheitliche haben das Vorhaben, für Südtiroler den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen, von vorneherein stets aktiv mitgetragen und unterstützt.“ Die österreichische Staatsbürgerschaft sei nicht nur ein Herzensanliegen, das für

die Stärkung der Identität als ethnische Minderheit in einem fremden Staat besonders wichtig ist. Durch die Möglichkeit, zusätzlich zur italienischen, auch die Staatsbürgerschaft des österreichischen Vaterlandes erwerben zu können, werde die Position Südtirols im Ausbau zur Selbstverwaltung massiv gestärkt und die Schutzfunktion Österreichs würde eine neue Qualität erreichen.

Aufruf: Solidarität über die Parteigrenzen hinweg!



Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) ist eine von ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründete Vereinigung, welche sich für die Selbstbestimmung und Landeseinheit Tirols einsetzt.

Dessen Obmann Roland Lang sandte am 23. November 2017 nachstehende Presseerklärung aus, welche in den „Dolomiten“ und anderen Medien ihren Niederschlag fand:

Doppelpass: SHB ruft zur Solidarität über die Parteigrenzen auf

Das Jahr 2018 könnte ein besonderes Jubiläumsjahr werden: Nach hundert Jahren Trennung wird durch die Doppelstaatsbürgerschaft wieder eine engere Anbindung an das Vaterland Österreich herbeigeführt. Südtiroler können wieder Bürger Österreichs werden.

Es geht hier vorrangig nicht um wirtschaftliche Aspekte und nicht um Privilegien, sondern um die Stärkung der eigenen Identität, des eigenen Kulturbewusstseins und des Zusammengehörigkeitsgefühls der Tiroler über die noch trennenden Staatsgrenzen hinweg.

Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner hat stets diese Verbundenheit betont und in Hinblick auf die Landeseinheit darauf hingewiesen, dass die Tiroler handeln müssen, wenn sich im Ablauf der Ereignisse ein Fenster für eine Lösung auftut.

Auch jetzt hat der Herr Altlandeshauptmann in Zusammenhang mit der anzustrebenden Doppelstaatsbürgerschaft auf diesen Handlungsbedarf hingewiesen. Die Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft ist in der Tat ein Schritt in Richtung Landeseinheit.

In seinem Sinn und im Sinne der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer und politischen Häftlinge rufe ich als Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ den Politikern aller Südtiroler und österreichischen Parteien zu: Überwindet in dieser grundsätzlichen Frage die trennenden Parteigrenzen! Übt Solidarität und fordert diese auch von den österreichischen Kollegen ein!

Nicht nur eure jetzigen Wähler, sondern auch die künftigen Generationen werden es euch danken!

*Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB)*

Nordtirol steht Südtirol zur Seite

Mit den Südtiroler Landsleuten und ihrem Begehren nach Ermöglichung der österreichischen Staatsbürgerschaft solidarisierten sich:

Nordtirols Landeshauptmann Günther Platter



Die „Austria Presseagentur“ (APA) meldete am 23. November 2017:

19 von 35 Südtiroler Landtagsabgeordneten haben in einem Schreiben an die Koalitionsverhandler in Wien den Wunsch nach einer Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler formuliert. Sie erhalten jetzt Unterstützung durch LH Günther Platter (ÖVP).

Der Wunsch werde aufrecht bleiben, solange es keinen „europäischen Pass“ gebe, so der Landeshauptmann gegenüber der APA. Er habe „Verständnis“ für die Landtagsabgeordneten, betonte Platter.

„Die Grenze zwischen Nord- und Südtirol ist und bleibt eine historische Unrechtsgrenze. Südtirol ist für die Tiroler Landesregierung ein Herzensanliegen. Wenn wir diese Tage den 250. Geburtstag von Andreas Hofer feiern, wird uns die enge Verbundenheit der beiden Landesteile wieder besonders bewusst“, sagte Platter.

Altlandeshauptmann Weingartner

Wendelin



Das Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“ berichtete am 22. November 2017:

Nord- und Osttirols Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner (ÖVP) gilt als Südtirol-Kenner und Freund des Landes. Bereits des öfteren sprach sich Weingartner für sein „Herzensanliegen“, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler, aus. Im Interview mit UT24 nimmt Weingartner zu den aktuellen Entwicklungen Stellung:

„Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine Anbindung von Südtirol an Österreich. Nachdem Italien seinen Bürgern in anderen Staaten auch diese doppelte Staatsbürgerschaft gibt, kann es nicht sein, dass Italien bei den Südtirolern was dagegen hat. Es wäre natürlich ein schönes Zeichen. Ich persönlich würde mich sehr freuen, wenn sowas möglich wäre.“

Landtagspräsident Herwig van Staa



Die Südtiroler Landtagsabgeordneten Sven Knoll (links) und Bernhard Zimmerhofer (rechts) zu Besuch bei Landtagspräsident Herwig van Staa (Mitte).

24. November 2017: Im Interview mit dem Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“ erklärte Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa (ÖVP), dass er zu den glühenden Befürwortern einer Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler gehöre.

„Ich bin ganz klar der Meinung, dass Österreich die Südtiroler gleich behandeln sollte, wie die Italiener ihre Abkömmlinge in Dalmatien. Diesen Angehörigen wurde ja auch die italienische Staatsbürgerschaft zuerkannt.“

Bundesratspräsident a. D. Helmut Kritzinger

Am 24. November 2017 berichtete das Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“: In der Debatte um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler meldet sich nun auch der im Sarntal geborene **ÖVP-Politiker Helmut Kritzinger** zu Wort. Der **ehemalige Präsident des**



österreichischen Bundesrates erklärt gegenüber **UT24**, warum der Doppelpass für Südtirol große Vorteile hätte.

Kritzinger beurteilt die aktuelle Diskussion um eine österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler als **„positiv“**.

„Ich glaube, dass heute eine viel größere Akzeptanz für eine Doppelstaatsbürgerschaft da ist. Zumal Italien ja selbst seinen Minderheiten im Ausland eine solche gestattet. Da müsste das für Südtirol erst recht gelten“, so Kritzinger.

Würde die doppelte Staatsbürgerschaft umgesetzt werden, so wäre dies laut Kritzinger **„ein großer Gewinn für Südtirol“**. Denn dadurch würde das Land sowohl in Wien, wie auch in Rom **„eine ganz andere Stärke haben, um gewisse Dinge durchzusetzen“**.

Man wird nun sehen, ob der ÖVP-Parteiboss und designierte künftige Bundeskanzler Sebastian Kurz bereit sein wird, den Wünschen der Südtiroler nach Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft zu entsprechen.

In vergangenen Jahrzehnten hatte sich die Spitze der Bundes-ÖVP hier wenig solidarisch verhalten und hatte sich mehr an

den Wünschen Roms als an denen der Südtiroler Landsleute orientiert. Es ist zu hoffen, dass diese damaligen Verhaltensweisen keine Auferstehung feiern, welche der **Historiker Helmut Golowitsch** in einem Aufsehen erregenden Werk aufgezeigt hat:

Ein „Komplott ungeahnten Ausmaßes“



Südtirol

Opfer für das westliche Bündnis



ISBN 978-3-7020-1708-8

Helmut Golowitsch

SÜDTIROL – OPFER FÜR DAS WESTLICHE BÜNDNIS

Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte

607 Seiten, zahlreiche S/W- und Farbbildungen, Hc.

€ 34,80

Der Autor, der bereits durch eine Reihe einschlägiger Arbeiten hervorgetreten ist, behandelt die heimliche Zusammenarbeit zwischen führenden Politikern der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der italienischen Democrazia Cristiana (DC) in der Zeit von 1945–1967. Er zeigt anhand erstmals abgedruckter Dokumente auf, wie bestimmte ÖVP-Politiker ungeachtet anderslautender Beteuerungen die italienischen „Freunde“ in der Annahme bestärkten, sie könnten sich Südtirols, ihrer Beute aus dem Ersten Weltkrieg, sicher sein.

Während man den Österreichern vorgaukelte, man würde für die Rückkehr Südtirols zu Österreich arbeiten, ließ beispielsweise Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) den „italienischen Freunden“ durch einen verdeckten Unterhändler ausrichten, man sei damit einverstanden, dass die Grenze am Brenner verbleibe. Diese Geheimpolitik zum Nachteil Südtirols erreichte unter der Regierung von Josef Klaus einen traurigen Höhepunkt. Es fanden Treffen mit italienischen Politikern, Polizeifunktionären und Geheimdienstagenten statt, die man vor der Öffentlichkeit und vor allem vor den Tiroler Landespolitikern geheim hielt. Die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ kommentierte, die hier vorgelegten Enthüllungen seien „an Brisanz kaum zu überbieten“, und erkannte „ein Komplott ungeahnten Ausmaßes“. Und auch der Salzburger Historiker und emeritierte Universitätsprofessor Reinhard Heinisch stellte fest: „Dieses neue Buch von Helmut Golowitsch belässt in einem bestimmten Abschnitt unserer jüngsten Zeitgeschichte keinen Stein auf dem anderen. Die Ergebnisse dieser Dokumentation sind wirklich erschütternd und aufwühlend.“

Der Autor

Dr. Helmut Golowitsch, Jahrgang 1942, hat bereits etliche Dokumentationen zur Südtiroler Zeitgeschichte publiziert.



LEOPOLD STOCKER VERLAG

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt im Versand über:

Bücherquelle Buchhandlungsgesellschaft m.b.H.,

Hofgasse 5, 8010 Graz, Tel.: +43/316/821636-111, office@buecherquelle.at

Unser Programm finden Sie unter www.buecherquelle.at